

**Zeitschrift:** Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 62 (1983)  
**Heft:** 4

**Artikel:** Wie im alten Rom?  
**Autor:** Hartmann, Horst  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-339990>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 04.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

überraschend. Die Sowjetunion dagegen hat eine positive Einstellung gezeigt, wünscht die Zone allerdings viel breiter zu machen. Neutrale Länder ihrerseits haben die ursprünglichen Gedankengänge und Vorschläge der Kommission unterstützt. Ich bin mir nicht sicher, ob die Einwendungen der NATO-Staaten so ernst sind, dass man sich in einer Verhandlung nicht mit ihnen auseinandersetzen könnte. Dagegen bin ich davon überzeugt, dass man durch seine Haltung Gefahr läuft, vor der öffentlichen Meinung als gegenüber allen neuen Vorschlägen zu einer Rüstungskontrolle negativ eingestellt dazustehen.

Als Sozialist und Demokrat bin ich gegen die Anwendung von Gewalt als Mittel zur Lösung von Problemen in den Ländern, als Methode zur Umwandlung der Gesellschaft. Ich bin ebenso gegen Gewalt, wenn es gilt, internationale Konflikte zu lösen. Der alte Traum von einer friedlichen Regelung internationaler Konflikte muss lebendig bleiben.

Es ist deshalb tragisch und unheilverkündend, dass wir statt dessen eine zunehmende Militarisierung der internationalen Beziehungen und der menschlichen Kultur mit ansehen müssen, denn das ist letzten Endes der eigentliche Inhalt der Ausrüstung. Wenn wir unsere Wissenschaftler für Rüstungszwecke statt für zivile Zwecke arbeiten lassen, wenn wir unsere Ressourcen für mehr Waffen statt für wirtschaftliche und soziale Entwicklung verwenden, dann bedeutet das eine Militarisierung der menschlichen Kultur. Und die drohende und militante Sprache zeugt von Verfall.

Es gibt aber auch hoffnungsvolle Zeichen. Ich bin davon überzeugt, dass der Druck der wirtschaftlichen Realitäten das

Wettrüsten abbremsen wird. Nicht einmal tiefverwurzelte ideologische Überzeugung kann wirtschaftliche Realitäten überwinden. Die öffentliche Meinung für den Frieden und die wirtschaftliche Vernunft können einen Pakt schliessen. Es ist auch offenbar, dass die Einstellung der Grossmächte und der Militärbündnisse, die einige Jahre lang in bestimmten Positionen festgefahren war, sich wieder in Bewegung gesetzt hat. Dass Vorschläge und Gegenvorschläge vorgelegt werden bedeutet, dass der Dialog in Gang gekommen ist.

Was ganz grundsätzlich Hoffnung einflösst, ist aber der Umstand, dass wir in vielen Ländern Europas und in den USA eine lebhafte öffentliche Debatte über das Kernwaffenwettrüsten und über Sicherheitspolitik bekommen haben. Es ist im Grunde genommen ein Zeichen für eine gesunde Gesellschaft, wenn ihre Bürger auf die Straße gehen und für Frieden und Abrüstung demonstrieren — und nicht für Aufrüstung und Konfrontation.

Es wird manchmal gesagt, unsere öffentliche Meinung werde manipuliert, die Friedensbewegung werde gegen ihren Willen zu einem Instrument der Sowjetunion. Unsere offene Demokratie und unsere freie Debatte werden plötzlich als eine Schwäche dargestellt. Dieses Argument ist ein unheimlicher und fremder Einschlag in unserer heutigen Kultur. Ich habe es nie verstehen können. Im Gegenteil: gerade das durch Einschüchterung erzielte Schweigen hinter den offiziellen Proklamationen ist ja die entscheidende Schwäche der kommunistischen Diktaturen.

Das Engagement breiter Volkschichten gegen die Torheit des Wettrüstens ist statt dessen eine Stärke. Natürlich ist dieses Engagement idealistisch, und na-

türlich muss es hartnäckig sein. Zum Abschluss sei hier daran erinnert, was Jean Jaurès zu Stefan Zweig sagte, als dieser ihm berichtete, dass Bertha von Suttner in ihrer Heimatstadt Wien manchmal als eine edle Idealistin betrachtet werde, die jedoch nicht ernst genommen werden könnte. Jaurès lächelte und sagte: «Aber gerade so wie sie muss man sein, hartnäckig und zäh im Idealismus. Die grossen Wahrheiten gehen nicht auf einmal ins Gehirn der Menschheit hinein, man muss sie immer und immer wieder einhämtern, Nagel für Nagel, Tag für Tag. Es ist eine monotone und undankbare Arbeit, aber wie wichtig ist sie doch.»

*Horst Hartmann*

## Wie im alten Rom?

Das Römische Reich hat nicht nur den Traum von der Einheit des Erdkreises verwirklicht, es legte auch die Grundlage für die heutige europäische Zivilisation. Die Idee des Heiligen Römischen Reiches blieb bis in die Neuzeit hinein lebendig. Die moderne Rechtswissenschaft wäre ohne das römische Recht kaum denkbar.

Kein Wunder, wenn immer wieder die Frage auftaucht, warum dieses allmächtige Imperium schliesslich unterging. Die Antwort fällt leicht. Es lag nicht am angeblich übertriebenen Wohlstand, wohl aber an den sich immer mehr verschärfenden Klassengegensätzen, den zu hohen Rüstungslasten in Form eines stehenden Heeres und einer die Gesellschaft lähmenden Bü-

rokratie. Das führte zu einer Abkehr breiter Massen vom Staat und zum allmählichen inneren Verfall, der durch Sklavenaufstände noch beschleunigt wurde.

Die Macht der Beamten wuchs in Rom unaufhaltsam, obwohl mehrere Kaiser versuchten, Verwaltungsreformen durchzusetzen. Für die Bürger bedeutete das einen spürbaren Verlust an Freiheiten. Da die Beamtenschaft nicht nur korrupt war, sondern ihre einträglichen Posten vererben konnte, entzogen sich immer mehr Menschen einer Gesellschaft und wählten eine Aussenseiterrolle. Das galt vor allem für die mutige Minderheit der ersten Christen. Doch als Kaiser Konstantin das Christentum zur Staatsreligion erhob, erhöhte sich der Druck von oben auf Grund des Bekehrungseifers der Christen.

Der Konflikt zwischen Reichen und Armen wurde durch die Inflation noch verschärft. Die nur in Händen der Reichen befindlichen wertbeständigen Goldmünzen entsprachen im Jahr 324 4500 Denari, Münzen in versilberter Bronze. 13 Jahre später entsprach der solidus — so hieß die Goldmünze — bereits 275'000 Denari. Kleinbauern wurden durch die Inflation bettelarm. Viele zogen es vor, fortan lieber als Räuber durch die Lande zu ziehen. Demgegenüber stellten die Staatspächter die Kapitalistenschicht dar, weil ihnen Sklaven als billige Arbeitskräfte zur Verfügung standen. Der alte Cato verkündete deshalb in einem Lehrbuch, man solle alte und kranke Sklaven schleunigst abstoßen. Solange die römischen Soldaten bereits bei ihrer Verpflichtung Bürgerrechte erhielten, war der Waffendienst beliebt. Doch als

alle Einwohner Bürgerrechte besass, änderte sich diese Einstellung, obwohl Privilegien wie eine Altersversorgung in Form von Landbesitz neue Anreize schufen. Da immer mehr Wohlhabende sich freikaufen konnten, leisteten Germanen und Hunnen Söldnerdienste. Allerdings verspürten sie im Laufe der Zeit immer weniger Lust, den ehrenvollen Tod fürs Vaterland zu erleiden. Die wachsenden Kosten für das Heer mussten durch hohe Steuern aufgebracht werden, wobei die Landbevölkerung durch Grundsteuern 90 Prozent aufbringen musste.

Die Grossgrundbesitzer schonte der Staat. So besass die heilige Melanie 60 Güter, jedes mit 300 Hektar. Die Steuerbefreiung für eine bevorzugte Klasse im Römischen Reich fand im mittelalterlichen Feudalsystem Nachahmung. Rom schröpfte lieber die kleinen Eigentümer. Sie mussten ihre Steuern sofort bezahlen und waren deshalb häufig gezwungen, sich Gelder mit Wucherzinsen zu leihen. So endete schliesslich das römische Weltreich an seinen inneren Widersprüchen, in dem eine Minderheit auf Kosten der Mehrheit lebte. Je länger man diesem Verfall nachspürte, desto deutlicher treten Parallelen zu den westlichen Industriestaaten zu Tage.

### 1837 nicht 1857

Karl Marx hat den Brief an seinen Vater natürlich nicht im Jahre 1857, sondern 1837 geschrieben. Wir bitten den Druckfehler in der letzten Nummer der «Roten Revue» zu entschuldigen.

## SP- Bildungstelefon

**mir nähmes wies chunnt**

**heimer alti hüser  
boue mer dert paläsch  
für e mehrverchehr  
tüemer straassne  
gits lärme  
mache mer wänd  
gruusen is d wänd  
male mer bilder druuf  
oder pflanzen eföi**

**wed id stadt chunnsch  
gsehsch weeni vo der stadt  
hinger de brätterzün  
verschalige u grüscht  
lueg dür ne spalt  
i der brätterwand  
de gsehsch krään  
wo angeri krään ufrichte  
verschalige  
wo angeri verschalige  
umschliesse  
balke  
wo angeri balke stütze**

**du fragsch  
«wo isch der plan  
wo dir öich dernaa richtet»**

**u si säge  
«mir zeigene de wemer  
fertig sy  
etz müesse mer schaffe  
mir nähmes äbe wies chunnt  
hie wo die alte hüser  
gsyy sy  
boue mer paläsch  
u für e mehrverchehr  
breiteri straasse  
gits lärme  
mache mer wänd  
gruusenis d wänd  
pflanze mer eföi»...**

**Bildungstelefon der  
SP Aargau 064 / 22 41 02**